

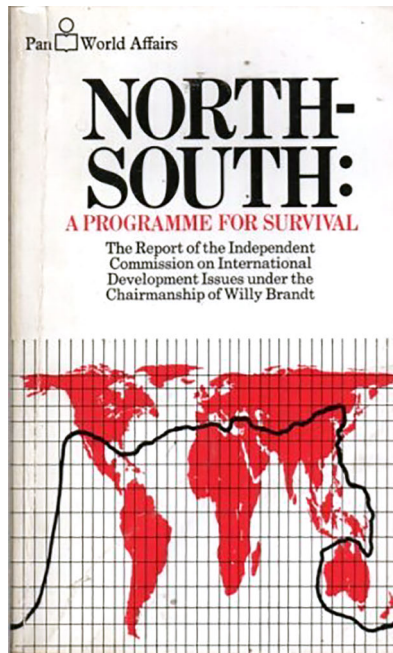
Der radikale Reformismus der New International Economic Order und die Elemente einer NIEO²

Alex Veit und Daniel Fuchs

Mit dem Beschluss der Vereinten Nationen zur Schaffung einer New International Economic Order (NIEO) 1974 sollte die global ungleiche Wohlstands- und Armutsverteilung durch eine neue, gerechtere Weltwirtschaftsordnung überwunden werden. Grafisch verdeutlicht wurde die Spaltung der Welt in Arm und Reich einige Jahre später auf dem Umschlag des Berichts der »Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen« (Brandt 1980a): Die sogenannte Brandt-Linie, benannt nach dem ehemaligen Bundeskanzler und Vorsitzenden der Kommission, Willy Brandt, markierte auf besonders eindeutige Weise die Grenze zwischen Globalem Norden und Süden (Abbildung 1).

Schon damals wurde diese Visualisierung der Komplexität der Weltgesellschaft nicht gerecht. Die Grenzziehung und die damit verbundenen Begriffe Globaler Norden und Süden sollen – ähnlich wie zuvor die Begriffe Erste, Zweite und Dritte Welt – ökonomische, politische und geografische Verhältnisse fassbar machen. Daran scheitern sie unweigerlich, da die Welt zu komplex ist, um sie auf solch einfache Begriffe zu bringen. In den 1970er Jahren begann der Osten des Nordens – die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten – gerade ihren taumelnden Abstieg in eine neue Armutszone. Der Osten des Südens – Länder wie Südkorea und Taiwan, später auch die Volksrepublik China – befand sich hingegen in einem Prozess der nachholenden Industrialisierung. Gleichzeitig wuchsen die sozialen Unterschiede auch innerhalb von Gesellschaften immens. Nichtsdestotrotz bestehen die größten Unterschiede weiterhin dort, wo Staatsgrenzen die Zugehörigkeit zu der einen oder anderen nationalen Ökonomie und ihren Segnungen und Flüchen markieren. Noch heute symbolisiert die Brandt-Linie die über Jahrhunderte produzierte Spaltung der Welt in arme und reiche Volkswirtschaften.

Abbildung 1: Weltkarte mit der sogenannten Brandt-Linie zwischen Globalem Norden und Süden.



Quelle: Brandt 1980a.

Auch in diesem Buch nutzen wir die unscharfen Begriffe Globaler Norden und Süden, um uns dieser Spaltung konzeptionell anzunähern und sie als historisch gewachsene, strukturelle Charakteristika zu unterstreichen. Wir gehen jedoch über eine bloße Beschreibung der sozialen Spaltung der Welt hinaus und fragen, wie die extreme Ungleichheit zwischen den Volkswirtschaften in Nord und Süd verringert und perspektivisch sogar überwunden werden kann. Um es gleich vorwegzunehmen: Dieses Buch wird diese Frage nicht annähernd vollständig beantworten. Es beabsichtigt vielmehr, verschiedene Debattestränge zur transformativen Reform der Weltwirtschaftsordnung zusammenzuführen und den Blick darauf zu lenken, an welchen Punkten weitere Forschung und eine andere Politik ansetzen sollte.

Glücklicherweise müssen wir diese Debatte nicht bei null beginnen oder das Rad neu erfinden. Wir können auf den reichen Erfahrungsschatz progressiver Analysen und politischer Projekte zurückgreifen. Unter den Debatten und Projekten zu einer gerechten Weltwirtschaftsordnung sticht die NIEO besonders hervor. Dieses Projekt, das im erwähnten Reformbeschluss der Vereinten Nationen (UN) von 1974 kulminierte, war ein höchst erstaunliches Vorhaben. Seine anhaltende Relevanz zeigt dieser Band auf, ohne dabei seine analytischen Schwächen und seine politischen wie ökonomischen Widersprüchlichkeiten auszusparen.

Die Geschichte der NIEO begann mit einer bahnbrechenden sozialwissenschaftlichen Erkenntnis, der Prebisch-Singer-These vom strukturell ungleichen Austausch zwischen Nord und Süd, genauer zwischen Ökonomien, die vorrangig industriell weiterverarbeitete Produkte verkaufen, und solchen, die vor allem Rohstoffe liefern (Prebisch 1950; Singer 1950). Dieser ungleiche Austausch vergrößert die Kluft zwischen den industrialisierten Ökonomien und ihren Zulieferländern immer weiter. Die Abhängigkeit der rohstoffexportierenden Gesellschaften des Südens von diesem ungleichen Austausch, der für sie zu wenig Wohlstand generiert, führt so zu immensen sozialen Konflikten. Auf diese können die dort regierenden Institutionen nur sehr begrenzt mit ökonomischen oder sozialen Maßnahmen reagieren, da ihnen hierfür wiederum die Einnahmen fehlen. Viele hoffnungsvolle Demokratisierungsprozesse scheiterten in den letzten Jahrzehnten daran, während autokratische und korrupte Regierungen zu oft die besseren Chancen haben, an der Macht zu bleiben. Die Grundzüge der Prebisch-Singer-These gelten noch heute. Daher denken wir, dass der Schlüssel zur Überwindung der globalen Armutsschere nicht zuerst im Süden zu suchen ist. Stattdessen betrachten wir internationale Austauschprozesse und -strukturen.

Damit unterscheiden wir uns von einem Großteil der Entwicklungsforschung, die die Ursachen für anhaltende Armut primär in den sogenannten Entwicklungsländern des Globalen Südens sucht. Aufbauen können wir hingegen auf Analysen zu kolonialen Befreiungsbewegungen, ungleichen postkolonialen Machtverhältnissen und kapitalistischer Vergesellschaftung. Wichtige Beiträge der letzten Jahre haben etwa auf die Kosten der »imperialen Lebensweise« (Brand/Wissen 2017) verwiesen, die auf die Natur ebenso abgewälzt werden wie auf die Menschen im Globalen Süden (siehe auch Lessenich 2016; Dörre 2021). Bei der Problemanalyse wollen wir es jedoch nicht bewenden lassen. Vielmehr fragen wir weiter, welche politischen und ökonomischen Möglichkeiten es gibt, die Spaltung der Welt in arm und reich mit einer ge-

rechteren Weltwirtschaftsordnung zu überwinden. Gegenwärtig fehlt es an konkreten Analysen aus den Sozialwissenschaften, wie strukturelle Veränderungen der Weltwirtschaftsordnung aussehen könnten, die tatsächlich in der Lage sind, die obszöne globale soziale Ungleichheit abzubauen, menschliche Entwicklung voranzubringen, Demokratie auf eine solide ökonomische Grundlage zu stellen und den ökologischen Kollaps zu verhindern.

Die Prebisch-Singer-These stand am Beginn der transkontinentalen wissenschaftlichen Debatte, aus der das heterogene Forschungsprogramm zur Abhängigkeit des Globalen Südens von den industrialisierten Ökonomien im Norden entstand. Die verschiedenen Ansätze der Dependenztheorie(n) wurden zunächst in Lateinamerika und anschließend auch in Afrika, Asien und im Globalen Norden breit diskutiert. Bei allen Meinungsverschiedenheiten hatten ihre Programmatiken doch eine grundlegende Kohärenz. Bis heute prägen die damals herausgearbeiteten Erkenntnisse, trotz manch berechtigter Kritik, zumindest implizit viele Annahmen über die Ursachen der ungleichen Wohlstandsverteilung zwischen Nord und Süd.¹

Nach der Formulierung der Prebisch-Singer-These in den 1950er Jahren dauerte es 20 Jahre, bis die akademische Debatte zu einem politischen Projekt gereift war. An dessen Zenit setzte der Globale Süden durch, dass auf höchster diplomatischer Ebene eine ernsthafte Reform der Weltwirtschaft verhandelt wurde. Die NIEO mobilisierte international und transnational große Solidarität, sowohl zwischen Staaten als auch zwischen gesellschaftlichen Strömungen. Die neuen Nationen im Süden, die teilweise gerade erst ihre politische Unabhängigkeit erreicht hatten, nutzten den historischen Moment, um ihre Vision einer politisch verhandelten gerechten Weltwirtschaftsordnung zu institutionalisieren. Höhepunkt dieser Entwicklung war die Resolution 3201 der Generalversammlung der Vereinten Nationen von 1974 (UN 1974a). Darin verpflichteten sich die UN-Mitgliedsstaaten zu grundlegenden kooperativen Reformen, die – wären sie umgesetzt worden – den Lauf der damals gerade neu entdeckten Globalisierung (Deuerlein 2020) entscheidend verändert und eine materielle Dekolonisierung bedeutet hätten. Die Einigung des höchsten Gremiums der Vereinten Nationen auf dieses Programm bildet damit auch den politischen Höhepunkt des *third worldism*, also der Solidarität zwischen den

1 Für einen Überblick und eine kritische Diskussion unterschiedlicher Dependenztheorien siehe Kvangraven (2021), Kolland (2003), Kay (1989) und Blomström/Hettne (1984).

neuen und alten Staaten des Globalen Südens, aber auch der internationalistischen Bewegungen in Nord und Süd, die für eine andere Weltwirtschaftsordnung einstanden.

In diesem Band diskutieren wir, inwiefern die NIEO auch heute noch als Blaupause für eine grundlegende Transformation der Weltwirtschaftsordnung dienen kann. 50 Jahre nach ihrer Entstehung kann die NIEO selbstverständlich als Ganzes nicht mehr auf der Höhe der Zeit sein. Die Neustrukturierung des Globalen Südens, insbesondere die wirtschaftlichen Entwicklungen in Ostasien, aber auch die verschärfte Problemlage der Klimakatastrophe sind nur die offensichtlichsten Veränderungen, die eine bloße Wiederauflage der NIEO sinnlos machen würden. Vielmehr wollen wir die historische NIEO-Debatte als Rohmaterial nutzen, anhand dessen wir darüber nachdenken, welche Elemente heute zu einer gerechten Weltwirtschaftsordnung gehören würden. Wir stellen daher die folgenden vier Fragen an die NIEO-Debatte:

- (1) Welche Ideen und Konzepte der historischen NIEO haben ihre Gültigkeit behalten?
- (2) Welche Aspekte der historischen NIEO wurden zu Recht verworfen?
- (3) Welche Leerstellen entstanden durch die fortschreitende Entwicklung der Weltwirtschaft?
- (4) Welche Ergänzungen der NIEO sind notwendig, um der Klimakatastrophe zu begegnen?

Kurz gesagt versuchen wir, die zentralen Elemente einer aktualisierten NIEO – einer NIEO² – zu identifizieren. Wir argumentieren, dass diese nicht einfach nur einige neue Elemente enthalten muss, sondern dass eine gerechte Weltwirtschaftsordnung heutzutage zwei Dimensionen zugleich adressieren muss: erstens die globale Armutsschere und zweitens die vielfältig damit verknüpfte ökologische Krise. Daher braucht es eine NIEO im Quadrat.

Mit gut gemeinten Ratschlägen an Gesellschaften im Globalen Süden halten wir uns derweil zurück. Wenn wir wirtschaftliche und politische Prozesse und Strukturen sezieren, geht es uns um einen Internationalismus der *agency*, der globale Strukturen so transformiert, dass Freiheit, Gleichheit und menschengerechte Entwicklung im Globalen Süden möglich werden (Walzer 2018: 48–49). Die Zielsetzung dieses Bandes ist daher nicht die Kritik von Entwicklungsmodellen oder von Staatlichkeit im Globalen Süden – diese Arbeit obliegt in erster Linie den Gesellschaften, sozialen Bewegungen und der Wissenschaft vor Ort. Unser Blick richtet sich vielmehr auf die Strukturen, die Nord und Süd

miteinander verbinden und die fragen, welche Möglichkeiten es gibt, eine ökologisch und sozial gerechtere Weltwirtschaftsordnung zu generieren.

Der radikale Reformismus der NIEO

Dass die UN-Generalversammlung die »Declaration on the Establishment of a New International Economic Order« ausgerechnet am internationalen Tag der Arbeiter:innenklasse beschloss, mag Zufall gewesen sein. Einen besseren Tag als den 1. Mai 1974 hätte sie aber nicht finden können, denn – so die damals weit verbreitete Auffassung – den Nationen im Globalen Süden kam die Rolle einer neuen globalen Arbeiter:innenklasse zu. »Poor nations are now in the position of a worker in nineteenth century Europe«, erklärte der tansanische Präsident Julius Nyerere (1973: 375) – einer der Protagonisten der NIEO. Ebenso wenig wie die Arbeiter:innen und Bäuer:innen in der industrialisierten Welt könne sich der postkoloniale Süden mit einer rein formalen Verwirklichung der Bürger:innenrechte auf der politischen Ebene begnügen. Nach dem Ende des Kolonialismus, der damit erreichten politischen Souveränität und der Erklärung der Selbstbestimmung der neuen Nationen gelte es nun auch die wirtschaftlichen und sozialen Bürger:innenrechte (Marshall 1950) auf globaler Ebene zu erkämpfen (Nyerere 1977; Nyerere 2008 [1976]).

Die NIEO war der Versuch, die bereits erreichte politische Souveränität der ehemaligen Kolonien materiell realisierbar zu machen – so die These der politischen Theoretikerin Adom Getachew (2019: 142–175). Die Soziologin Johanna Bockman (2015) sieht in der kollektiven Zusammenarbeit zur NIEO hingegen den Versuch einer sozialistischen Globalisierung, die dem kapitalistischen Neokolonialismus gegenüberstand. Diesem Befund widerspricht Getachew, und auch wir halten ihn nicht für überzeugend. Getachew beschreibt antikoloniale Aktivist:innen und spätere Regierungschefs wie Michael Manley (Jamaika), Kwame Nkrumah (Ghana) und Eric Williams (Trinidad und Tobago): die Generation der »philosopher-kings« (Mazrui 1990). Sie bedienten sich zwar bei marxistisch inspirierten Dependenz- und Weltsystem-Theorien. Ihre Vorstellungen zielten jedoch nicht auf eine sozialistische Weltökonomie ab, sondern verblieben innerhalb der Denkschemata der in den 1970er Jahren noch weitgehend wohlfahrtsstaatlich orientierten liberalen politischen Ökonomie. Dabei, so Getachew (2019: 167–171), vernachlässigten sie die Klassenunterschiede in ihren eigenen Ländern und in den Gesellschaften des Globalen Nordens sowie die bereits damals bestehende Heterogenität zwischen verschiedenen

Staaten im Globalen Süden. Für sie war die NIEO der Versuch, den Gedanken der Wohlfahrtsstaatlichkeit in die globale Ebene einzuschreiben, und dem Globalen Süden einen Platz in der kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung zu sichern, von dem aus er seine nationalen Entwicklungsprojekte verwirklichen könnte (ebd.: 145–146).

Die NIEO-Erklärung der UN-Generalversammlung war deutlich von der Prebisch-Singer-These inspiriert. Nur wenige sozialwissenschaftliche Konzepte haben solch eine politische Wirkung entfaltet und über so lange Zeit empirische Gültigkeit bewiesen. Die Ökonomen Raúl Prebisch und Hans Singer beobachteten um 1950 getrennt voneinander, dass sich im Bereich des internationalen Handels die Terms of Trade tendenziell zuungunsten von Ländern entwickeln, die hauptsächlich Primärgüter wie Rohstoffe und Agrarprodukte exportieren, aber Industrieprodukte importieren (Fischer 2020; Madariaga 2021; Hickel et al. 2022). Ein Land, das seine eigene Exportproduktion nicht diversifizieren oder seine Importe nicht verringern kann, müsse daher immer größere Mengen an Rohstoffen und landwirtschaftlichen Gütern exportieren, um die eigene Kaufkraft zumindest nicht zu verschlechtern (Möller 2020). Diese Entwicklung wiesen Prebisch und Singer zunächst für den Zeitraum ab 1870 nach. Die Entwicklung während der Dekolonisierungsperiode nach dem Zweiten Weltkrieg bestätigte ihre Beobachtung. Julius Nyerere stellte etwa fest, dass in Tansania 1965 der Export von 5,3 Tonnen Sisal ausreichte, um einen Traktor importieren zu können. 1972 mussten für einen Traktor bereits 17,3 Tonnen Sisal verkauft werden (Nyerere 1973: 375). Durch diesen *secular downward trend* der eigenen Kaufkraft auf dem Weltmarkt, so die Folgerung, ließen sich nationale Entwicklungsstrategien – wie immer sie auch aussahen, sowie auf längere Sicht sogar grundlegende Staatsaufgaben schlicht nicht mehr finanzieren.

Aus der Prebisch-Singer-These entwickelte sich wie beschrieben ein vielfältiges Forschungsprogramm zur globalen Dependenz. Ein zentraler Streitpunkt der Autoren (und wenigen Autorinnen) war die Frage, wie sogenannte periphere Staaten trotz dieser Bedingungen eine Industrialisierung ihrer Volkswirtschaften fördern könnten. Eine Idee war die mehr oder weniger rigide Abkopplung der eigenen Wirtschaft vom Weltmarkt (Martinussen 1999; Kvangraven 2021). Die NIEO wies in eine andere Richtung, indem sie nämlich von den industrialisierten Staaten des Nordens forderte, die Terms of Trade zu verbessern, damit aus dem internationalen Handel auch für den Globalen Süden Entwicklungschancen entstehen könnten. Dies war der Kern der NIEO, die Prebisch 1963 zum ersten Mal so nannte. In den folgenden Jahren arbeitete

er als erster Generalsekretär der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) daran, ein kohärentes Programm für eine NIEO auszuarbeiten.

Neben der theoretischen Arbeit basierte die erfolgreiche Etablierung der NIEO im internationalen politischen Diskurs auf der neuen institutionellen Position der Staaten des Globalen Südens in der Weltgesellschaft, insbesondere innerhalb der UN. Die Konferenz von Bandung 1955, bei der sich progressive Regierungen und antikoloniale Bewegungen aus Asien und Afrika trafen, wird häufig als der Beginn dieser relativ koordinierten und solidarischen politischen Dynamik genannt (Lee 2019). Kurz darauf erfolgte die Gründung der »Bewegung der Blockfreien Staaten« (Stubbs 2023) sowie 1964, im Kontext der ersten UNCTAD-Konferenz, der »Gruppe der 77« (G77) innerhalb der UN. Diese Gruppe nutzte die UN-Generalversammlung dazu, die NIEO-Agenda voranzutreiben. Damit stellten sich die Länder des Globalen Südens auch explizit gegen die etablierten internationalen Finanzorganisationen. Denn in den Leitungsgremien des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und des General Agreement on Tariffs and Trade (GATT, seit 1994 World Trade Organization, WTO), die im Norden als zuständig für alle Handels- und Wirtschaftsfragen angesehen wurden, konnten die industrialisierten Länder durch ihre überproportional starken Stimmrechte jedwede missliebige Veränderung ablehnen. In der UN-Generalversammlung hatte jedoch jeder Mitgliedsstaat nur eine Stimme. Durch den rasanten Zuwachs neuer Mitgliedsstaaten aus dem Globalen Süden hatten sich hier die Mehrheitsverhältnisse verschoben (Gilman 2015).

Die Reformvorschläge der NIEO selbst lassen sich nicht in wenigen Sätzen zusammenfassen. Mehrere Organisationen und Kommissionen befassten sich – nur zum Teil unter dem Label NIEO – mit Reformen der Weltwirtschaftsordnung und setzten dabei jeweils eigene Schwerpunkte. Die Konturen sowie der innere Zusammenhang, die Pluralität all dieser NIEO-Vorschläge, aber auch der sich wandelnde historische Kontext und die Heterogenität ihrer Protagonist:innen lassen sich gut an zwei Dokumenten ablesen: Am politischen Höhepunkt der NIEO sowie an ihrem programmatischen Schlusspunkt.

Den Höhepunkt markierte die Annahme der NIEO als offizielles Programm der Weltgemeinschaft durch die UN-Generalversammlung 1974. Diese erwähnte Resolution war geprägt von den konfrontativen Forderungen des Globalen Südens. Der algerische Präsident Houari Boumedienne, der die 6. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen mit seiner Rede eröffnete, benannte die Kontrolle der Staaten des Südens über ihre

eigene Wirtschaft als Kernanliegen. Er bezog sich dabei auf die Auflösung (post-)kolonialer Verträge mit transnationalen Unternehmen und auf die Verstaatlichung natürlicher Ressourcen. Diese Schritte hatte Algerien gerade erst vollzogen, indem es französische Erdölproduzenten aus dem Land geworfen hatte, woraufhin es mit europäischen Sanktionen belegt worden war. Als zweiten Punkt nannte Boumedienne die Kontrolle über die Preise, die Volkswirtschaften im Süden auf den Weltmärkten erzielen konnten. Auch hier war Algerien Teil einer führenden Gruppe, die die »Organisation erdölexportierender Länder« (OPEC) zu einem schlagkräftigen Produzentenkartell ausgebaut und damit bereits sehr viel höhere Rohölpreise erzwungen hatte. Boumedienne forderte, solche Maßnahmen nun auf internationaler Ebene zu vereinbaren, anstatt sie durch einzelne Länder und Staatengruppen durchsetzen zu müssen (Kreienbaum 2022: 130–135).

Ergänzt wurde die NIEO-Resolution von einem »Programme of Action« (UN 1974b). Es lässt sich in vier Reformbereiche unterteilen. Erstens sollten die Terms of Trade des Globalen Südens verbessert werden. Hierzu enthielt das Programm verschiedene Punkte zur Einhegung des vermeintlich freien Spiels der Kräfte von Angebot und Nachfrage auf den Weltmärkten. So sollten beispielsweise die Erlöse für Rohstoffe und Agrarprodukte stabilisiert werden, und zwar durch die Bildung strategischer Reserven, Kompensationszahlungen bei Preisabstürzen und Rohstoffhandelsabkommen. Auch *producer associations*, also Kartelle nach Art der OPEC, begrüßte das Programm. Darüber hinaus sollten die Preise für industriell gefertigte Produkte und die Rohwaren zueinander in Beziehung gesetzt werden. Dazu sollten Preiskontrollmechanismen eingeführt werden. Zur Frage der Terms of Trade gehörte auch das vorgesehene *principle of non-reciprocity*: der Globale Süden sollte für seine eigenen Produkte einen verbesserten Zugang zu Absatzmärkten im Globalen Norden erhalten, ohne dabei jedoch den Schutz seiner eigenen Märkte vor übermächtiger Konkurrenz aufgeben zu müssen.

Das zweite Thema des »Programme of Action« war eine direkte Umverteilung von Ressourcen, um die Entwicklung in Ländern des Globalen Südens zu finanzieren. Schon einige Jahre bevor die Staatsschuldenkrise der Dritten Welt katastrophale Ausmaße annahm, gehörte dazu eine Erleichterung ihrer Schuldenlast. Um dem grassierenden Hunger zu begegnen, sollten Nahrungsimporte der ärmsten Länder von allen Konflikten über Zahlungsbilanzschwierigkeiten ausgenommen werden. Entwickelte Länder und internationale Finanzinstitutionen wurden aufgerufen, mehr Mittel für die Errichtung industrieller Fertigung im Globalen Süden bereitzustellen und auch privaten Inves-

tor:innen Anreize dafür zu liefern. Die Planungshoheit über solche Investitionen und die Verfügung über einen Teil der erwirtschafteten Gewinne sollte bei den Ländern des Südens verbleiben.

Der dritte Bereich waren Änderungen der rechtlichen Grundlagen der Weltwirtschaftsordnung (Bedjaoui 1979; Özsu 2015). Ein ganzer Abschnitt befasst sich mit der Regulierung transnationaler Konzerne, deren Aktivitäten vollständig den souveränen Rechten der Staaten im Globalen Süden und damit deren Entwicklungszielen untergeordnet werden sollten. Dementsprechend sollten Monopole gebrochen, bei Bedarf bestehende Verträge revidiert und Gewinnabflüsse in den Norden aufgehalten werden (Bair 2015). Ein weiterer Abschnitt befasste sich mit den rechtlichen Fragen einer Ausbalancierung zwischen geistigen Eigentumsrechten an technischem Wissen und den Entwicklungsanforderungen im Globalen Süden.

Der vierte Reformbereich betraf schließlich die politische Regulation der Weltwirtschaft. Die Verlagerung der Diskussion von den auf ökonomische Aspekte spezialisierten internationalen Finanzorganisationen zur UN-Generalversammlung war der Versuch, die künstliche Trennung zwischen politischen und wirtschaftlichen Aspekten der Welt(wirtschafts)ordnung aufzuheben. Anstatt eine Reform der Stimmrechte in IWF und Weltbank zu verlangen (die beide ärmere Länder systematisch benachteiligten), beschloss man explizit die »Stärkung der Rolle der Vereinten Nationen im Feld internationaler Kooperation« (UN 1974b: 9–10). Dabei wurden insbesondere die Aufgaben des »Economic and Social Council« (ECOSOC) der Vereinten Nationen hervorgehoben. Die wechselnden Mitglieder des ECOSOC wurden von der UN-Generalversammlung gewählt. Daher hielten die Länder des Globalen Südens hier eine Mehrheit der Stimmen – ähnlich wie in der Generalversammlung selbst. Laut dem Programme of Action sollte der ECOSOC die Umsetzung der NIEO koordinieren und dabei auch die Kreditvergabe von IWF und Weltbank unter die Lupe nehmen.

Die NIEO-Resolution der Generalversammlung wurde zwar ohne Abstimmung, aber keineswegs im Konsens beschlossen. Die Verstaatlichung von Rohstoffvorkommen, die Billigung von Produzentenkartellen, die politische Lenkung von Preisen sowie die stärkere Regulierung transnationaler Unternehmen lösten Kontroversen aus zwischen den größten westlichen Industrieländern, angeführt von den USA einerseits und der G77 andererseits (Gosovic/Ruggie 1976: 314). So sprach etwa der damalige westdeutsche Außenminister Walter Scheel von »Maximalforderungen« und »Utopien«, die »nicht praktikabel« seien. Stattdessen, so Scheel, solle ein »Rat der Weisen« einberufen wer-

den, um Konsensvorschläge auszuarbeiten, »damit wir mit beiden Füßen auf der Erde stehen« (UN 1974c).

Vier Jahre später sollte dieser Vorschlag schließlich in die Tat umgesetzt werden, allerdings ohne dass die UN-Mitgliedsstaaten explizit darum gebeten hätten: Auf Anregung des Weltbank-Chefs Robert McNamara gab der ehemalige westdeutsche Bundeskanzler Willy Brandt im Oktober 1978 in New York die Bildung einer »Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen« bekannt (Schmidt 2018). Brandt argumentierte, sowohl der Globale Norden als auch der Globale Süden litten unter Strukturen, die Wirtschaftskrisen, ökologische Zerstörung und Hungerkatastrophen produzierten. Deshalb verlange der Süden mit vollem Recht eine grundlegende Reform. Brandt führte aus: »Wenn wir also von den Nord-Süd-Beziehungen sprechen, müssen wir begreifen, dass das internationale System, mit dem wir zu leben haben, gegenwärtig den Interessen des Nordens nicht gerecht wird. Und für den Süden ist es nie wirklich fair gewesen.« (Brandt 2017 [1978])

Brandt versammelte eine illustre Gruppe um sich, zu der sowohl der konservative britische Ex-Premierminister Edward Heath als auch der progressive Generalsekretär des Commonwealth und ehemalige Außenminister Guyanas, Shridath Ramphal, gehörten. Die Hälfte der Kommissionsmitglieder stammte aus dem Globalen Süden, die USA wurden vertreten von Katharine Graham, der Herausgeberin der *Washington Post*, einer von nur zwei Frauen in der Kommission, sowie von einem Bankier. Der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger hatte abgesagt. Politisch neigten viele Mitglieder sozialdemokratischen Positionen zu. Das galt insbesondere für den Mitarbeiter:innenstab der Kommission unter Leitung des niederländischen Ex-Entwicklungsministers Jan Pronk und des jugoslawischen Ex-Weltbank-Ökonomen Dragoslav Avramović.

1980 legte die Kommission ihren Bericht vor, den sie als nichts weniger als ein »Programme for Survival« betitelte (Brandt 1980a). Der deutsche Titel lautete »Das Überleben sichern« (Brandt 1980b). Darin konkretisierte die Kommission viele Vorschläge aus der inzwischen sechs Jahre alten NIEO-Resolution der UN-Generalversammlung: Maßnahmen zur Stabilisierung der Rohstoffpreise wie ein *common fund*, Rohstoffabkommen und eine Reform der internationalen Finanzinstitutionen. Zugleich suchte die Kommission nach verbindenden Themen und fand diese etwa in den schockartigen Ölkrisen. Die massiv ansteigenden Ölpreise hatten das Wirtschaftswachstum in allen Erdteilen gehemmt. Ein neuer, raumnehmender Punkt war daher die Forderung

nach einer internationalen Energiestrategie, um wiederkehrende Ölkrisen zu vermeiden.

Zugleich schlug der Brandt-Bericht eine Brücke zum immer dominanter werdenden neuen Entwicklungsparadigma, das die NIEO-Grundanalyse in den kommenden Jahren verdrängte. Aus der Perspektive der NIEO ist die grundlegende strukturelle Bremse für Entwicklungsanstrengungen in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu suchen. Der Brandt-Bericht stellte seinen Ausführungen zum Reformbedarf auf dieser internationalen Ebene hingegen ein Kapitel zu den »Aufgaben des Südens« vorweg (Brandt 1980b: 160–177). Die Staaten im Süden sollten demnach ihre nationalen Steuersysteme und Verwaltungen sowie ihre (oft stark regulierten) Preissysteme reformieren. Die gleichen Forderungen, allerdings stärker zugespitzt auf die Forderung nach einem neoliberalen Rückbau des Staats, fanden sich wenig später auch in Dokumenten wie dem »Berg-Report« der Weltbank (World Bank 1981). Zugleich nahm der Brandt-Report die zunehmende mikroökonomische Ausrichtung von Entwicklungsdiskursen auf die Grundbedürfnisse der ärmsten Bevölkerungsschichten im Globalen Süden vorweg. Auch das war eine partielle Abkehr vom staatszentrierten und auf makrostrukturelle globale Ungleichgewichte zielenden NIEO-Projekt (Moyn 2018; Anghe 2019).

Trotz seiner vielfältigen Ausgleichsversuche fiel das »Programme for Survival« nicht auf fruchtbaren politischen Boden. Während Brandt angetreten war, um der NIEO neue Dynamik zu geben, bewegte sich die internationale Politik in eine andere Richtung. Die tatsächliche neue Weltwirtschaftsordnung (Mazower 2012: 343–377), die in den 1980er Jahren entstand, zwang die hoch verschuldeten Staaten im Globalen Süden zu einer Öffnung ihrer verletzlichen Binnenmärkte, zur Aufgabe ihrer staatszentrierten Entwicklungspläne und zur Bedienung von Krediten, die ihre Wirtschaftskraft bei Weitem überstiegen und dadurch ihre wirtschaftliche Entwicklung für Jahre abwürgten. Der Norden diktierte, der Süden sah sich seiner Entwicklungschancen weiter beraubt. Anstatt die Debatte über eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung zu beleben, markierte der Brandt-Bericht so deren unfreiwilligen Schlusspunkt.

Die politisch Verantwortlichen in den USA und in vielen ihrer westlichen Verbündeten verstanden die NIEO als eine Bedrohung der Hegemonie des Globalen Nordens und bekämpften sie entsprechend (Deuerlein 2020; siehe Veit in diesem Band). Dabei waren sie erfolgreich, wie Nils Gilman (2015) argumentiert: Die westlichen Staaten gaben sich zunächst konzilient, ließen die Initiative dann jedoch ins Leere laufen, als die Druckmittel des Globalen Südens – vor allem die Dominanz der OPEC auf dem Ölmarkt – schwanden. Bei

einem von der Brandt-Kommission angeregten Gipfeltreffen einiger Staatsoberhäupter im mexikanischen Cancún 1981 tat der US-amerikanische Präsident Ronald Reagan eine substanzielle Neujustierung der Weltwirtschaftsordnung im Sinne der NIEO als »fehlgeleitete Politik« ab, die »den internationalen Markt einschränkt und stört« (Reagan 1981, eigene Übersetzung). Dennoch scheiterte die NIEO nicht vollständig. Vielmehr lebte sie als »prophetische Vision« weiter, »verfügbar als ein Idiom für zukünftige Generationen, um ihre eigenen Hoffnungen und Träume zu artikulieren« (Gilman 2015: 10). Gerade im Vergleich mit den Entwicklungsansätzen, die ihr vorausgingen und nachfolgten, so ergänzt Adom Getachew, war die NIEO trotz all ihrer Einschränkungen und Widersprüche »eine überzeugende Vision dessen, was eine gerechte und egalitäre Weltwirtschaft erforderte« (Getachew 2019: 145–146).

Elemente einer NIEO²

Welche Elemente dieses Idioms, dieser Vision, können heute noch für einen neuen Entwurf einer gerechten Weltwirtschaftsordnung von Nutzen sein? Zuvorderst sind dies die grundsätzlichen Feststellungen der NIEO: Die Weltwirtschaftsordnung ist damals wie heute geprägt von der einseitigen Abhängigkeit der Länder des Globalen Südens sowie von der übergroßen Machtstellung einiger weniger Volkswirtschaften. Dieses Machtungleichgewicht, das sich in Handelsbeziehungen und Produktionsbedingungen genauso ausdrückt wie in der Architektur internationaler Institutionen, blieb trotz kosmetischer Reformen unangetastet.

Das zentrale, weiterhin bestehende ökonomische Problem, das dieser Konstellation zugrunde liegt, sind die nachteiligen Terms of Trade, dank derer die Machtasymmetrien der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung sich reproduzieren und sogar verschärfen und so eine wirtschaftliche und demokratische Transformation im Globalen Süden untergraben. Dass der Weltmarkt ein vermachteter Raum ist, war die vielleicht radikalste Feststellung, welche die NIEO im globalen Diskurs zu etablieren vermochte. Das von der (neo-)liberalen Ideologie erklärte vermeintlich freie Spiel der Kräfte ist nicht einfach frei. Vielmehr ist die Weltwirtschaftsordnung eine historisch gewachsene Figuration, in der Chancen und Gewinne höchst ungleich verteilt sind. Diesen historischen Prozess strukturierten an zentralen Stellen die Staaten und die Kapitaleigner:innen im Globalen Norden – und zwar zu ihrem eigenen Vorteil. Basierend auf dieser Definition des Weltmarkts als

einer *politischen* Ordnung, verlangte der Globale Süden eine politische Reform seiner Strukturen. Aus diesem Grund schlug die NIEO eine stärkere und international kooperative Neuregulierung der Weltwirtschaft vor. Die NIEO wollte den Weltmarkt einhegen im Sinne eines gesellschaftlichen *embedding* (Birchfield 1999; Levien/Paret 2012; Silver/Arrighi 2003; Polanyi 2019 [1973]). Als politisches Projekt zielte sie – anders als die radikaleren Vertreter:innen der Dependenztheorie es sich wünschten – nicht auf eine Überwindung des Kapitalismus ab, sondern auf dessen Zähmung. Ob eine solche Zähmung überhaupt möglich ist und ob sie als Antwort auf die multiplen Krisen der Gegenwart ausreichend ist, wird auch in diesem Band viel diskutiert.

Eine neue Weltwirtschaftsordnung für das Zeitalter der ökologischen Katastrophe

Fünf Jahrzehnte nach dem historischen NIEO-Beschluss kann eine neue Weltwirtschaftsordnung nicht länger nur als sozial und wirtschaftlich gerechter gedacht werden. Parallel zur historischen NIEO verbreitete sich die Erkenntnis, dass dem wirtschaftlichen Wachstum natürliche Grenzen gesetzt sind (Meadows/Meadows 1972). In der NIEO selbst spielten ökologische Fragen dennoch nur eine geringe Rolle. Angesichts der Klimakatastrophe – die den Globalen Süden aufgrund schlechterer natürlicher Ausgangsbedingungen und geringerer materieller Möglichkeiten der Anpassung ungleich härter trifft – kann aber über eine NIEO² nicht nachgedacht werden, ohne sie auf ihre ökologischen Potenziale und Risiken abzuklopfen. Eine naturzerstörerische nachholende Entwicklung, imaginiert als eine Kopie der Industrialisierung des Globalen Nordens, ist kein realistisches Ziel mehr. Eine NIEO² kann nicht einfach dort weitermachen, wo das politische Projekt der NIEO vor 40 Jahren zum Stillstand kam. Sie muss stattdessen auf einem Entwicklungsbegriff basieren, der ökologische und gesellschaftliche Kosten genauso in den Blick nimmt wie mögliche Wohlstandsgewinne. Konzepte wie *post-development*, *post-extractivism*, *degrowth* oder Postwachstum sowie verschiedene Modelle eines »Green New Deal« wurden in den letzten Jahren angeregt diskutiert (Brand 2015; Hickel 2021; Escobar 2015). Mit diesen Konzepten befassen sich die Beiträge im ersten Teil dieses Bandes.

Ulrich Brand und Miriam Lang legen den Schwerpunkt ihres Beitrags auf die Kritik an einer Überbetonung der Steuerungsfähigkeit des Staates. In historischen NIEO-Debatten, aber auch in gegenwärtigen Beiträgen zu Global Environmental Governance identifizieren sie einen Steuerungsoptimismus, der

hinter weiterhin relevante Einsichten aus der klassischen Imperialismustheorie sowie der kritischen Staatstheorie zurückfallen. Entgegen ordnungswissenschaftlichen Sichtweisen plädieren sie für eine herrschaftskritische Perspektive, die gesellschaftliche Machtverhältnisse und Strukturzwänge des globalen Kapitalismus in den Blick nimmt. Das Nachdenken über eine gerechte Weltwirtschaft müsse an die Erfahrungen sozialer Kämpfe anknüpfen und auf eine Überwindung der imperialen Produktions- und Lebensweise abzielen. Exemplarisch für herrschaftskritische Initiativen aus dem Globalen Süden präsentieren die Autor:innen den »Ökosozialen und Interkulturellen Pakt des Südens«, den ein lateinamerikanisches Kollektiv aus acht Ländern im Juni 2020 initiierte.

Melanie Pichler verschiebt den Fokus der Analyse in den Globalen Norden. Bezugnehmend auf die Prebisch-Singer-These vom ungleichen Tausch untersucht sie die Erweiterung dependenztheoretischer Ansätze um eine ökologische Komponente. Dafür stellt sie Konzepte des Postwachstums als Ansätze einer neuen Klimagerechtigkeit zur Debatte. Ging es der NIEO zuvorst um Wachstum im Globalen Süden, zielt Postwachstum auf sozial-ökologische Infrastrukturen und Dienstleistungen im Globalen Norden. Eine umfassende Verringerung des Ressourcen- und Energieverbrauchs dort würde sich jedoch auch auf Produktions- und Konsummöglichkeiten in Ländern des Globalen Südens auswirken – insbesondere auf solche, die sich auf den Export fossiler Energieträger und anderer Rohstoffe spezialisiert haben. Postwachstumsstrategien im Globalen Norden müssen daher, so argumentiert Pichler, mit einer Kritik an exportorientierten Entwicklungsmodellen sowie mit konkreten Kämpfen in Ländern des Globalen Südens verknüpft werden.

Simone Claar fokussiert die Frage eines wirtschaftlichen Umbaus auf den Bereich der Energie. Basierend auf dem Ansatz der Globalen Ökologischen Politischen Ökonomie betont sie die Leerstellen der NIEO und der Brandt-Kommission im Bereich der Energie- und Klimapolitik. Letztere habe die Energiefrage zwar thematisiert, jedoch nicht mit den Aspekten Nachhaltigkeit, Umwelt und Klimafolgen verknüpft. Claars Analyse mit einem Schwerpunkt auf afrikanische Staaten verweist auf den gegenwärtigen Energieimperialismus, auf die Auswirkungen eines grünen Kolonialismus sowie auf den erschwerten Zugang des Globalen Südens zu Finanzmitteln für die Bekämpfung der Folgen der Klimakatastrophe. Als Bestandteil einer sozialökologischen Transformation, so ihre These, müsse eine NIEO² daher auch neue Ansätze im Umgang mit knappen Ressourcen, nachhaltiger Energiegewinnung und Energiegerechtigkeit beinhalten.

Souveränität, Dekolonisierung und Solidarität im Zeitalter der Globalisierung

Der zweite Teil dieses Bandes spannt einen Bogen vom Begriff der Souveränität – der Schlüsselvokabel der antikolonialen Absichten der NIEO – zu Formen der Solidarität in Zeiten der Globalisierung. Auch für eine NIEO² ist der Begriff der Souveränität nicht trivial. Einerseits steht diese für die Verwirklichung einer Entkolonisierung, die in wirtschaftlicher Hinsicht bis heute nicht erreicht ist. Andererseits gab die historische NIEO keine zufriedenstellende Antwort auf die Frage, ob diese Staaten und die Staatengemeinschaft tatsächlich die Regulation eines eingeehten Kapitalismus gewährleisten könnten.

Schon die Dependenztheorie begegnete den Staatsklassen im Globalen Süden mit großem Misstrauen. Die »bürokratische Bourgeoisie« (Samoff 1979: 47–56) im Süden war verdächtig, aufgrund ihrer profitablen Rolle als Vermittlerin zwischen Weltmarkt und nationaler Ökonomie strukturelle Reformen des Süd-Nord-Verhältnis insgeheim abzulehnen (Amin 1977). In den folgenden Jahrzehnten entstanden in unterschiedlichen Feldern neue Formen und Ideen solidarischen Handelns, welche die zentrale Rolle des Staats zwar nicht grundsätzlich negierten, ihn jedoch zu begrenzen, ergänzen, antreiben und gesellschaftlicher Kontrolle zu unterwerfen suchen. Hierzu gehören der Faire Handel ebenso wie Ideen zu lokaler Rohstoffsouveränität, ein umfassender Gesundheitsbegriff oder die Frage internationaler Reparationen für historisches Unrecht.

Souveränität, so zeigt *Alex Veit* in seinem Beitrag, bedeutete für die Architekt:innen der NIEO nicht, einseitige Abhängigkeit durch Autonomie oder gar Entkopplung zu überwinden. Vielmehr versuchten sie, einseitige Abhängigkeit durch vertiefte, gegenseitige und gleichberechtigte Zusammenarbeit zu ersetzen. Jedoch wurde im Zuge der neoliberalen Globalisierung die Souveränität der meisten Staaten im Globalen Süden keineswegs ausgebaut. Stattdessen veränderten und vertieften sich die einseitigen Abhängigkeiten. Angesichts entpolitisierten Debatten um Global Governance – und jüngst Rufen nach einer Entkopplung des Globalen Nordens von China – sollte das mit der historischen NIEO verknüpfte Konzept der internationalen Interdependenz wieder zum Gegenstand von Diskussionen über eine zukünftige gerechte Weltwirtschaftsordnung werden.

Kressen Thyen rückt den Begriff und die Praxis einer staatszentrierten Ressourcenextraktion in den Vordergrund. Dieser wurde während und aufgrund der NIEO-Debatten in vielen Staaten im Globalen Süden eine postkoloniale

Realität. Unter den Folgen des ökologischen ungleichen Tauschs und den negativen Auswirkungen des Extraktivismus – wie Naturzerstörung – leiden vor allem lokale Bevölkerungen, während die Profite an den Staat und an transnationale Unternehmen gehen. Unter Bezug auf Protestbewegungen in Nordafrika zeigt Thyen die Problematik einer auf Staat und Markt fokussierten Auffassung postkolonialer Ressourcensouveränität auf. Sie plädiert für die Stärkung der Rechte lokaler Bevölkerungen auch auf der internationalen Ebene – nach dem Vorbild internationaler Abkommen zum Schutz der Rechte indigener Völker oder den Ideen der Bewegung für Nahrungsmittelsouveränität folgend. Das Ziel einer NIEO² müsste es laut Thyen daher sein, Raum für die Entfaltung diverser Entwicklungsmodelle zu geben.

Mit den aktuellen globalen Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals, SDG) der Vereinten Nationen untersucht *Katja Freistein* ein anderes, positiveres Erbe der NIEO. In ihrer Spurensuche konstatiert sie eine diskursive Verknüpfung zwischen der NIEO und den SDG. Die SDG greifen mit ihrem Anspruch auf universelle Geltung und gleichwertige ökonomische Teilhabe einige Forderungen der historischen NIEO auf. Zum Teil gehen die SDG über die NIEO-Debatten der 1970er Jahre hinaus, etwa in den Bereichen ökologische Krise und Migrationspolitik. Obwohl Freistein wenig Hoffnung hat, dass die SDG wie geplant bis 2030 erreicht werden können, stehen diese dennoch für einen graduellen Diskurswandel mit dem Potenzial für politische Veränderungen in Richtung einer NIEO².

Ob auch der Faire Handel, ein weiteres Erbe der NIEO, ein solches Potenzial beinhaltet, untersucht *Caspar Dohmen*. Nach seinen Anfängen in sogenannten Dritte-Welt-Läden im Globalen Norden transformierte sich der Faire Handel im Laufe der Jahrzehnte. Heute sind konventionelle Handelsakteur:innen wie Supermarktketten maßgeblich am Fairen Handel beteiligt, obwohl sie selbst Akteur:innen des ungerechten Welthandels sind. Anhand dieser Vermengung kristallisiert Dohmen die grundlegenden Widersprüche des Ansatzes Fairer Handel heraus, der als solidarische Praxis inmitten des ungleichen Tauschregimes eine Keimzelle für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung sein will. Er argumentiert, dass der Faire Handel einerseits die Idee von gerechten Preisen und fairem Tausch aufrechterhalten hat, dass er durch seinen marktbasierten, staatsfernen Ansatz jedoch andererseits auch zu einer Entpolitisierung beitrug. Heute setzen sich solidarische Bewegungen aus guten Gründen für gesetzliche Regulierungen wie Lieferkettengesetze ein.

Wie *Andreas Wulf* herausarbeitet, fand die NIEO mit ihrer Betonung einer notwendigen Überwindung der einseitigen Abhängigkeitsverhältnisse zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden auch Eingang in die globale Gesundheitspolitik. In seinem Beitrag diskutiert er die Geschichte des Konzepts der Primary Health Care (PHC), das 1978 ins Zentrum der Arbeit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) rückte und dabei explizit Elemente der NIEO aufgriff. Mit ihrem Fokus auf Teilhabe und Selbstermächtigung lokaler Bevölkerungen verkörpert die PHC-Konzeption eine an sozialer Gerechtigkeit orientierte Gesundheitspolitik, die von Staaten Rechte und Leistungen einfordert und zugleich auf lokale Partizipation setzt. Wulf zeichnet nach, wie diese auf die sozialen Bedingungen von Gesundheit ausgerichtete Politik vor dem Hintergrund von Schuldenkrise und Austeritätsmaßnahmen scheiterte, für gesundheitspolitische soziale Bewegungen jedoch weiterhin von zentraler Bedeutung ist.

Als Agenda globaler Umverteilung befasste sich die NIEO auch mit Reparationen für historisches Unrecht. *Mariam Salehi* rekonstruiert in ihrem Beitrag die anhaltend lebhafte Debatte über Reparationen, die immer auch Diskurse zur Begründung der notwendigen Umgestaltung der ungerechten Welt(wirtschafts)ordnung enthält. Die Argumentation der G77 in den Vereinten Nationen bezüglich der Klimakatastrophe ist beispielsweise ein Echo historischer NIEO-Debatten, welche die Verantwortung von Staaten im Globalen Norden benennt. Andere Akteur:innen weiten ihre Kritik sogar auf internationale Finanzinstitutionen und deren Verantwortung für den postkolonialen wirtschaftlichen Niedergang im Globalen Süden aus. Unterschiedliche Reparationsansprüche reflektieren die vielgestaltigen Ungerechtigkeiten, die in den ungleichen ökonomischen und politischen Beziehungen zwischen Süd und Nord entstanden sind. Auch eine NIEO² müsste komplexe Verschuldungssituationen anerkennen und Verantwortlichkeiten benennen.

Die Süd-Nord-Beziehungen und der Aufstieg Chinas

Der dritte Teil des Bandes wendet sich der Transformation und Beständigkeit internationaler ökonomischer Beziehungen in der Weltgesellschaft seit der historischen NIEO zu. Zu den einschneidendsten Transformationen gehören unzweifelhaft das rasante industrielle Wachstum in Ost- und Südostasien, die wiedergekehrte wirtschaftliche Stärke Chinas sowie die anhaltend hohen Rohstoffpreise in den vergangenen zwei Jahrzehnten. Anhand dieser Faktoren bildeten sich neue globale Machtpole, mit denen auch neue Machtansprüche

in internationalen Institutionen einhergehen. Zugleich sind koloniale Kontinuitäten in internationalen Institutionen jedoch eine Realität, wie zuletzt die Covid-Pandemiepolitik deutlich machte. Eine andere Kontinuität sind die Logiken von Rentenökonomien, denen rohstoffabhängige Staaten trotz lukrativer Preiskonjunkturen weiterhin unterworfen sind. Viele Länder, die bereits die historische NIEO als besonders verletzlich hervorgehoben hatte, befinden sich darüber hinaus auch heute noch in wirtschaftlicher Stagnation. Ein großer Teil ihrer Bevölkerungen lebt in absoluter Armut und ist von Hunger bedroht.

Die Volksrepublik China ist einer der wenigen Staaten, denen seit der historischen NIEO in den 1970er Jahren ein ökonomischer Aufstieg in Richtung des Zentrums der Weltwirtschaft gelang. *Jenny Simon* betont in ihrer Analyse der chinesischen Entwicklungsweise, dass Chinas (Wieder-)Aufstieg im Kontext einer historisch spezifischen, neoliberalen Globalisierungsdynamik auf ökonomische Strategien beruhte, die aus dem Repertoire der historischen NIEO stammen. Mit Verweis auf die Ausweitung innergesellschaftlicher sozialer Ungleichheit sowie die Krise der Naturverhältnisse warnt sie jedoch vor allzu großem Optimismus bezüglich der Möglichkeiten, die Chinas Entwicklung für eine NIEO² bietet. Dem chinesischen Staat sei es nicht gelungen, eine grundlegende Reform der Weltwirtschaftsordnung zu erreichen. Zudem habe die chinesische Außenwirtschaftspolitik im Globalen Süden neue Abhängigkeiten hervorgebracht – von chinesischem Kapital. Der Fall China verdeutliche, so Simons Fazit, dass bei Überlegungen zu den Spielräumen für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung transnationale Klassenverhältnisse eine zentrale Rolle einnehmen müssen.

Daran anknüpfend diskutiert *Daniel Fuchs* die gewachsene Bedeutung Chinas im Bereich der internationalen Normung von Produkten und Technologien – eine Sphäre der Weltwirtschaftsordnung, die zu einem wichtigen Schauplatz geopolitischer und geoökonomischer Rivalität wurde, in der historischen NIEO jedoch keine Beachtung gefunden hatte. Internationale Normungsorganisationen tragen maßgeblich zu einer Verfestigung globaler Ungleichheits- und Abhängigkeitsverhältnisse bei. Fuchs zeichnet nach, wie es chinesischen Akteur:innen gelang, ihren Einfluss in diesen Organisationen auszubauen und chinesische Standards zunehmend international zu verankern. Chinas Aufstieg zu einer Normungsweltmacht, argumentiert er, habe Chinas Position gegenüber dem Globalen Norden gestärkt, aber auch neue Abhängigkeiten für Staaten im Globalen Süden geschaffen. Eine NIEO², so der Schluss, müsse die fundamentale Bedeutung technischer Standards für

die Weltwirtschaftsbeziehungen adressieren und konkrete Vorschläge für Reformen im internationalen Normungswesen aufgreifen.

Im Gespräch mit Alex Veit veranschaulicht *Eric Otieno Sumba* die asymmetrischen Machtbeziehungen des globalen Handels anhand der Regulierung geistigen Eigentums. Konkret erläutert er die Entstehung und Auswirkungen des Abkommens zu »Trade Related Aspects of International Property Rights« (TRIPS). Zielte die historische NIEO noch auf fairere Bedingungen für einen Technologietransfer zwischen Globalem Norden und Süden ab, stärkte das 1994 im Rahmen der WTO abgeschlossene TRIPS-Abkommen vor allem private Eigentumsrechte. Otieno Sumba beschreibt am Beispiel von Patenten für Medizinprodukte, wie dies die Gesundheitsversorgung einschränken kann. Er plädiert für ein solidarisches System der Medikamentenentwicklung, das unter anderem einen öffentlich finanzierten, globalen Fonds für medizinische Forschung und Produktentwicklung beinhalten sollte. Ein derartiger Fonds, so Otieno Sumba, sei als Vorschlag für eine Regulierung zu verstehen, die auch Überlegungen der historischen NIEO aufgreift.

Der Export natürlicher Ressourcen spielten in der historischen NIEO eine zentrale Rolle. Jedoch sind die damit erzielten Erlöse – sogenannte Renten – Fluch und Segen zugleich. Wie *Hannes Warnecke-Berger* argumentiert, sind Renten eine Profitform, die über politische Mechanismen angeeignet wird. Renten vergrößern den Handlungsspielraum politischer Akteur:innen, die damit etwa Entwicklungsprozesse finanzieren können. Allerdings gäbe es keinen systemischen Zwang, Renten tatsächlich zu investieren, etwa um Technologielücken zu schließen oder strukturelle Arbeitslosigkeit zu überwinden. Eine NIEO² müsste daher durch sekundäre Mechanismen Renten politisch kontrollierbar machen. Das sei etwa möglich, so Warnecke-Berger, indem von Staaten und transnationalen Konzernen Transparenz eingefordert wird und Renten konsequent besteuert sowie zur Finanzierung egalitärer Agrarreformen, industriepolitischer Investitionen sowie großflächiger Beschäftigungsprogramme eingeplant werden.

Roy Karadag untersucht aus einer politökonomischen Perspektive globale Ernährungsungleichheiten. Der Ausgangspunkt seiner Analyse ist die Feststellung, dass Hunger und Ernährung in der historischen NIEO-Erklärung zwar eine prominente Rolle spielten, entsprechende Maßnahmen jedoch auf eine Modernisierung der Landwirtschaft im Globalen Süden beschränkt blieben. Angesichts der Transformation des Agrarkapitalismus argumentiert Karadag, dass die mit Landwirtschaft und Ernährung betreuten internationalen Organisationen (wie etwa die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation

der UN) nicht willens oder in der Lage sind, globale Ungleichheitsdynamiken wirksam auszugleichen. Er betont daher die Notwendigkeit, transformative und systemkritische Ideen zur Ernährungssouveränität aufzugreifen, die aktivistische Agrarökolog:innen, etwa im Rahmen von La Via Campesina, schon seit Jahren mit Nachdruck vertreten.

Eine sozialistische Nachhaltigkeitsrevolution und die Frage des Eigentums

Den programmatischen Schluss dieses Bandes markiert der Beitrag von *Klaus Dörre*, der für eine nachhaltig-sozialistische Alternative zur neo-imperialen Welt(un)ordnung plädiert – konkretisiert in einer NIEO². Dörres Utopie einer antiimperialen Welt, die den globalen ökologischen Großgefahren genauso begegnet wie den sozialen Unterschieden in der Weltgesellschaft, setzt zunächst an der Frage des Eigentums an. Eine NIEO² müsse Formen kollektiven Eigentums ermöglichen, die Verantwortung und Demokratisierung stärken, indem sie alle jeweils relevanten gesellschaftlichen Gruppen an Entscheidungsprozessen über eine ressourcenschonende, kohlenstoffarme Produktion mit langlebigen Gütern und nachhaltigen Dienstleistungen beteiligt. Diese Utopie, so Dörre, benötige einen Begriff von globalen Klassenstrukturen, der über eine bloße Süd-Nord-Dichotomie hinausgehe. Gleichwohl, so der Autor, müsse diese große Transformation im Globalen Norden beginnen.

Ein neuer Internationalismus

Doch welche politischen Akteur:innen hätten überhaupt ein Interesse an der Agenda einer NIEO² und wären zudem in der Lage, diese voranzutreiben? Die historische NIEO basierte auf der Solidarität sowohl innerhalb des Globalen Südens als auch zwischen Globalem Norden und Süden. Diese Solidarität ist heute weit schwächer ausgeprägt als in den 1970er Jahren, nicht zuletzt, weil vom antikolonialen Kampf geprägte progressive Regierungen auf fast allen Kontinenten von neoliberalen Regimes verdrängt wurden – mit Ausnahme Lateinamerikas, das derzeit eine zweite Welle demokratischer, sozialistisch gefärbter Projekte erlebt. Wo noch immer die gleichen, aus dem antikolonialen Kampf hervorgegangenen Parteien regieren wie zur Zeit der historischen NIEO – das ist etwa in China, Algerien und Tansania der Fall – sind sie auf einen marktwirtschaftlich-autoritären Kurs eingeschwenkt. Die G77 existiert

offiziell weiter, genauso wie die Bewegung der Blockfreien Staaten. Doch von der Hochzeit ihrer politischen und programmatischen Kraft sind diese internationalen Bündnisse heute weit entfernt.

Allerdings begann auch die historische NIEO nicht als Projekt eines Staatenbündnisses, sondern durch eine Verknüpfung sozialwissenschaftlicher Forschung mit sozialen Bewegungen, von geopolitischen Großtrends mit weltwirtschaftlichen Entwicklungen. Diese Stränge mündeten in Allianzen zwischen Staaten im Rahmen internationaler Organisationen. Trotz der Krise internationaler Kooperation infolge wirtschaftlicher Konkurrenz und kriegerischer Konflikte steht dieser Weg noch immer offen.

Getragen wurde der *third worldism* der postkolonialen Periode von einer Welle sozialer Mobilisierung für progressive Veränderungen. Auch die breite gesellschaftliche Rezeption der Dependenztheorie über alle Kontinente hinweg zeugt davon. Aus dieser Perspektive gehörten der Kampf gegen Apartheid und Kolonialismus im südlichen Afrika, gegen imperialistische Kriegsführung in Indochina oder den westlichen Zugriff auf die Ölquellen in Westasien und Nordafrika zusammen. Die NIEO war ein Projekt, das aus dieser Weltsicht entstand. Sie verband die progressiven Regierungen in Afrika, Asien und Lateinamerika und fand darüber hinaus viele Sympathien bei sozialdemokratischen Parteien in West- und Nordeuropa. Ihren ideologischen Sound und ihr politisches Potenzial prägten letztlich jedoch die sozialen Bewegungen rund um den Globus, im Süden wie im Norden (McAdams/Monta 2021).

Inzwischen haben die globalen ökologischen, ökonomischen und sozialen Krisen in einem Maße zugenommen, das auch für die Autor:innen der historischen NIEO schwer vorstellbar war. Diese Krisen schädigen Gesellschaften – direkt oder indirekt. Und das weltweit. Der Globale Norden kann sich zwar vielfach besser schützen, doch der Globale Süden kann die Schäden oft kaum begrenzen. So vertiefen die Klimakatastrophe und die zunehmenden militärischen Konflikte die technologische und ökonomische Kluft zwischen Nord und Süd immer weiter.

Auch deshalb scheint sich das progressive politische Lager im Norden wie im Süden bei wenigen Themen einiger zu sein als bei der Einschätzung, dass eine andere Weltwirtschaftsordnung nötig ist, um das Überleben der Menschheit nicht existenziell zu gefährden. Liest man jedoch die Programme der politischen Parteien etwa in Deutschland, so zeigt sich, dass diese zwar in anderen Bereichen sehr detailliert sind, ihre Aussagen zur Weltwirtschaftsordnung aber ausgesprochen vage bleiben. Selbst die wenigen verbliebenen internationalistischen sozialen Bewegungen streiten sich – gerade in Europa – häufig

mehr über einzelne Kriege und Konflikte, anstatt über eine andere Weltordnung nachzudenken, die viele dieser Kriege von vornherein verhindern könnte. Dieses Buch hat daher das Ziel, die Frage nach einer gerechten Weltwirtschaftsordnung wieder größer, radikaler und konkreter zu stellen.

Literatur

- Amin, Samir (1977): Self-reliance and the New International Economic Order. In: *Monthly Review*, 29 (3), 1–21.
- Anghie, Antony (2019): Inequality, human rights, and the New International Economic Order. In: *Humanity: An International Journal of Human Rights, Humanitarianism, and Development*, 10 (3), 429–442.
- Bair, Jennifer (2015): Corporations at the United Nations: Echoes of the New International Economic Order? In: *Humanity: An International Journal of Human Rights, Humanitarianism, and Development*, 6 (1), 159–71.
- Bedjaoui, Mohammed (1979): Towards a New International Economic Order. New challenges to international law. Paris u.a.: Holmes & Meier.
- Birchfield, Vicki (1999): Contesting the hegemony of market ideology: Gramsci's »good sense« and Polanyi's »double movement«. In: *Review of International Political Economy*, 6 (1), 27–54.
- Blomström, Magnus/Hettne, Björn (1984): Development theory in transition: The dependency debate and beyond. London: Zed Books.
- Bockman, Johanna (2015): Socialist globalization against capitalist neocolonialism: The economic ideas behind the New International Economic Order. In: *Humanity: An International Journal of Human Rights, Humanitarianism, and Development*, 6 (1), 109–128.
- Brand, Ulrich (2015): Degrowth und Post-Extraktivismus: Zwei Seiten einer Medaille? Working Paper der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften, Nr. 5/2015. Jena: Universität Jena.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise: Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: oekom.
- Brandt, Willy (1980a): North-South: A programme for survival. Report of the Independent Commission on International Development Issues. London: Pan Books.
- Brandt, Willy (1980b): Das Überleben sichern: gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer. Bericht der Nord-Süd-Kommission. Köln: Kiepenheuer & Witsch.

- Brandt, Willy (2017 [1978]): Rede des Vorsitzenden der Nord-Süd-Kommission, Willy Brandt, vor der United Nations Association in New York, 26. Oktober 1978. Berlin: Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung.
- Deuerlein, Martin (2020): Das Zeitalter der Interdependenz: Globales Denken und internationale Politik in den langen 1970er Jahren. Göttingen: Wallstein.
- Dörre, Klaus (2021): Die Utopie des Sozialismus: Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution. Berlin: Matthes & Seitz.
- Escobar, Arturo (2015): Degrowth, postdevelopment, and transitions: A preliminary conversation. In: *Sustainability Science*, 10 (3), 451–462.
- Getachew, Adom (2019): Worldmaking after empire: The rise and fall of self-determination. Princeton: Princeton University Press.
- Gilman, Nils (2015): The New International Economic Order: A reintroduction. In: *Humanity: An International Journal of Human Rights, Humanitarianism, and Development*, 6 (1), 1–16.
- Gosovic, Branislav/Ruggie, John Gerard (1976): On the creation of a New International Economic Order: Issue linkage and the seventh special session of the UN General Assembly. In: *International Organization*, 30 (2), 309–345.
- Hickel, Jason (2021): The anti-colonial politics of degrowth. In: *Political Geography*, 88, 102404.
- Hickel, Jason/Dorning, Christian/Wieland, Hanspeter/Suwandi, Intan (2022): Imperialist appropriation in the world economy: Drain from the global south through unequal exchange, 1990–2015. In: *Global Environmental Change*, 73 (März), 102467.
- Kay, Cristóbal (1989): Latin American theories of development and underdevelopment. London/New York: Routledge.
- Kvangraven, Ingrid Harvold (2021): Beyond the stereotype: Restating the relevance of the dependency research programme. In: *Development and Change*, 52 (1), 76–112.
- Kolland, Franz (2003): Entwicklungstheorien bis in die 1980er-Jahre und ihre politischen Implikationen. In: Fischer, Karin/Hanak, Irmtraut/Parnreiter, Christof (Hg.), *Internationale Entwicklung. Eine Einführung in Probleme, Mechanismen und Theorien*. Frankfurt a.M.: Brandes & Apsel, 56–70.
- Kreienbaum, Jonas (2022): Das Öl und der Kampf um eine Neue Weltwirtschaftsordnung: Die Bedeutung der Ölkrisen der 1970er Jahre für die Nord-Süd-Beziehungen. Berlin/Boston: De Gruyter Oldenbourg.

- Lee, Christopher J. (2019): Making a world after empire: The Bandung moment and its political afterlives. Second edition, expanded and updated. Athens: Ohio University Press.
- Lessenich, Stephan (2016): Neben uns die Sintflut: Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis. München: Hanser Berlin.
- Levien, Michael/Paret, Marcel (2012): A second double movement? Polanyi and shifting global opinions on neoliberalism. In: *International Sociology*, 27 (6), 724–744.
- Marshall, Thomas H. (1950): Citizenship and social class, and other essays. London: Cambridge University Press.
- Martinussen, John (1999): Neo-Marxist theories of underdevelopment and dependency. In: Martinussen, John (Hg.), *Society, state and market: A guide to competing theories of development*. London: Zed, 85–100.
- Mazower, Mark (2012): *Governing the world: The history of an idea*. New York: Penguin Press.
- Mazrui, Ali A. (1990): On poet-presidents and philosopher-kings. In: *Research in African Literatures*, 21 (2), 13–19.
- McAdams, James/Monta, Anthony (2021): *Global 1968: Cultural revolutions in Europe and Latin America*. South Bend: University of Notre Dame Press.
- Meadows, Dennis/Meadows, Donella (1972): *Die Grenzen des Wachstums: Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Moyn, Samuel (2018): *Not enough: Human rights in an unequal world*. Cambridge: Harvard University Press.
- Möller, Sebastian (2020): Raúl Prebisch & Hans W. Singer. In: Janusch, Holger (Hg.), *Handelspolitik und Welthandel in der Internationalen Politischen Ökonomie: Ein ideengeschichtlicher Überblick*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 157–176.
- Nyerere, Julius K. (1973): A call to European socialists. In: Nyerere, Julius K., *Freedom and development. Uhuru na Maendeleo. A Selection from Writings and Speeches 1968–1973*. Dar es Salaam: Oxford University Press, 374–378.
- Nyerere, Julius (1977): The plea of the poor: New economic order needed for the world community. In: *New Directions*, 4 (4), 16–21.
- Nyerere, Julius (2008 [1976]): The third world and the international economic structure. Address given by President Mwalimu Julius K. Nyerere in the Federal Republic of Germany, 4th May, 1976. <https://www.julius->

- nyerere.org/uploads/the_third_word_and_intern_economic_1976.pdf (Zugriff am 12.7.2023).
- Özsu, Umut (2015): »In the interests of mankind as a whole«: Mohammed Bedjaoui's New International Economic Order. In: *Humanity: An International Journal of Human Rights, Humanitarianism, and Development*, 6 (1), 129–143.
- Polanyi, Karl (2019 [1973]): The great transformation: Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. 14. Auflage. Berlin: Suhrkamp.
- Prebisch, Raúl (1950): The economic development of Latin America and its principal problems. United Nations, Department of Economic Affairs, Economic Commission for Latin America, 27.4.1950. <https://repositorio.cepal.org/handle/11362/29973> (Zugriff am 30.6.2023).
- Reagan, Ronald (1981): Statement at the first plenary session of the International Meeting on Cooperation and Development in Cancun, Mexico, 22.10.1981. Ronald Reagan Presidential Library and Museum. <https://www.reaganlibrary.gov/archives/speech/statement-first-plenary-session-international-meeting-cooperation-and-development> (Zugriff am 10.6.2023).
- Samoff, Joel (1979): The bureaucracy and the bourgeoisie: Decentralization and class structure in Tanzania. In: *Comparative Studies in Society and History*, 21 (1), 30–62.
- Schmidt, Wolfgang (2018): A prophet unheard: Willy Brandt's north-south policy and its reception in the United States. In: Rother, Bernd/Larres, Klaus (Hg.), Willy Brandt and international relations: Europe, the USA and Latin America, 1974–1992. London: Bloomsbury Publishing, 67–84.
- Silver, Beverly J./Arrighi, Giovanni (2003): Polanyi's »Double Movement«: The belle époques of British and U. S. hegemony compared. In: *Politics & Society*, 31 (2), 325–355.
- Singer, Hans W. (1950): The distribution of gains between investing and borrowing countries. In: *The American Economic Review* 40 (2), 473–485.
- Stubbs, Paul (Hg.) (2023): Socialist Yugoslavia and the Non-Aligned Movement: Social, cultural, political and economic imaginaries. Montreal: McGill-Queen's University Press.
- UN – United Nations (1974a): UN General Assembly, Resolution A/RES/3201(S-VI). Declaration on the Establishment of a New International Economic Order. 1.5.1974. https://digitallibrary.un.org/record/218450/files/A_RES_3201%28S-VI%29-EN.pdf (Zugriff am 12.6.2023).

- UN – United Nations (1974b): UN General Assembly, Resolution A/RES/3202(S-VI). Programme of action on the establishment of a New International Economic Order. 1.5.1974. https://digitallibrary.un.org/record/218451/files/A_RES_3202%28S-VI%29-EN.pdf (Zugriff am 12.6.2023).
- UN – United Nations (1974c): Declaration on the establishment of a New International Economic Order – General Assembly, 6th Special Session, 2209th Plenary Meeting. UN Web TV, Audiovisual Library of International Law. <https://media.un.org/en/asset/k1y/k1y7yx6gx0> (Zugriff am 6.6.2023).
- Walzer, Michael (2018): A foreign policy for the left. New Haven: Yale University Press.
- World Bank (1981): Accelerated development in Sub-Saharan Africa: An agenda for action. Washington D. C.: The World Bank.

